

Neues Zentrum für die Kreativwirtschaft

Weg zur längeren Nutzung des Rechenzentrums frei



Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender

Zur Verlängerung der temporären Nutzung des Rechenzentrums für die Kultur- und Kreativwirtschaft hatte die Verwaltung einen Antrag eingebracht, die dadurch entstehenden Mehrkosten aus dem städtischen Haushalt zu übernehmen. Nicht vorgesehen war die Entwicklung eines Alternativstandortes, obwohl die Bauaufsicht die Nutzung nur bis längstens 2023 in Aussicht gestellt hatte. Das war für uns Grund genug, unverzüglich die Entwicklung eines Kreativzentrums zu fordern. Zusammen mit den Fraktionen SPD und Bündnis90/Die Grünen haben wir einen entsprechenden Änderungsantrag formuliert. Gemeinsames Ziel war es, in einem Workshop auf dem Gebiet des Langer Stall und der alten Feuerwache zusammen mit den Kreativschaffenden ein Zentrum

nach deren Bedürfnissen zu entwickeln. Die Fraktion Die Linke wollte in das Werkstattverfahren das Grundstück für das Kirchenschiff und das Rechenzentrum einbeziehen, obwohl die Stadt darüber gar nicht verfügen kann. Die Stiftung Garnisonkirche hat hierüber alleine das Verfügungsrecht. Nachdem die Fachausschüsse unseren Änderungen zugestimmt hatten, wurden im Hauptausschuss gegen unsere Stimmen die Änderungswünsche der Linken übernommen. Mit einer erneuten Initiative einigten wir uns mit der SPD und Bündnis90/Die Grünen vor der Stadtverordnetenversammlung auf einen Beschlusstext, der insbesondere die Rechte der Stiftung Garnisonkirche berücksichtigte. Vorangegangen war die massive Störung des Gottesdienstes zum Baubeginn des Turms der Garnisonkirche aus dem Rechenzentrum heraus. Ein Verhalten, das in der Stadtverordnetenversammlung vom Oberbürgermeister und den meisten Fraktionen mit Nachdruck verurteilt wurde. Dieses chaotische Verhalten passt nicht zu unserer tole-

ranten Stadt und wird nicht hingenommen. In der Stadtverordnetenversammlung am 08. November wurde dann nach einer heftigen Debatte beschlossen: „Bis 2023 ist auf einem innerstädtischen Standort/Plantage, insbesondere auf dem Areal Langer Stall/Alte Feuerwache, ein Zentrum für die Kreativwirtschaft bezugsfertig zu errichten. Über dessen Entwicklung ist bis Februar 2018 ein Workshop mit dem Ziel durchzuführen, die funktionale und bauliche Ausprägung auf diesem Areal in einem offenen Diskussionsprozess zu bestimmen. Dem Hauptausschuss ist zur Bestätigung im Dezember 2017 ein Konzept für Ablauf und Beteiligung des Workshops durch die Verwaltung vorzulegen.“ Damit haben wir die Voraussetzung dafür geschaffen, dass die Stiftung Garnisonkirche einer längeren Nutzung des Rechenzentrums zustimmen kann und für die Kultur- und Kreativwirtschaft ein neues Kreativzentrum geschaffen wird. Damit bekommen wir in der Potsdamer Mitte eine „Kulturmeile“ vom Palais Barberini bis zur Plantage.



Eine Arbeitsgruppe aus CDU/ANW, SPD und Bündnis 90/Die Grünen hat sich auf einen Änderungsantrag geeinigt, der eine Perspektive für die Potsdamer Kreativwirtschaft bietet und die bestehende Rechtsposition der Stiftung Garnisonkirche beachtet

Segelsportclub und Strandbad Babelsberg: Unnötige Verzögerung bei der Suche nach sinnvoller Lösung



Götz Th. Friederich

Es ist wieder einmal ein Beispiel dafür, wie man in Potsdam dringend gesuchte und gleichzeitig naheliegende Lösungen "verdaddeln" kann. Und so muss man inzwischen das Verhalten der Potsdamer Stadtverwaltung bei den seit Jahren geforderten Verhandlungen rund um das Areal "Segelsportclub"/"Strandbad Babelsberg" langsam schon als peinlich bewerten. Als Babelsberger Stadtverordneter kritisiere ich auf jeden Fall das Verhalten der Landeshauptstadt Potsdam im Zusammenhang mit den Verhandlungen um den Verbleib des Strandbades Babelsberg und fordere jetzt dringend eine aktive Verhandlungsführung durch die Stadt ein. Zur Erinnerung: Auf der Babelsberger Seite, neben der Humboldtbrücke gibt es einen Segelsportclub, ein Freibad (betrieben durch die Bäderlandschaft/Stadtwerke GmbH) und den Babelsberger Park (Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG)). Das Problem besteht nun darin, dass die Eigentumsituation der Grundstücke insofern "durcheinander" ist, als Teile der Grundstücke, auf denen sich die genannten Einrichtungen befinden, zum Teil auf städtischem und zum Teil auf SPSG-Grund sind. Der Segelsportclub möchte aber gern am Standort verbleiben, das Strand-

bad soll weiterhin betrieben werden und die SPSG möchte die Parkanlagen wiederherstellen bzw. weiterentwickeln. Das geht nun nicht, da Nutzungs- und Eigentumsverhältnisse - wie gesagt - nicht einander entsprechen. Dabei gibt es schon lange eine Beschlusslage, nach welcher der Oberbürgermeister beauftragt ist, unter Einbindung aller Beteiligten, das heißt der SPSG, der Stadtwerke und des Segelsportclubs einen möglichen Verbleib des Strandbades und des Segelsportclubs bei gleichzeitiger Wiederherstellung und Weiterentwicklung des Babelsberger Parks zu verhandeln. Die SPSG hat in diesem Zusammenhang schon vor Jahren einen Vorschlag unterbreitet, wie man die Grundstücke so sinnvoll tauschen kann, dass sie sowohl für das Strandbad, als auch für den Segelsportclub genutzt werden können. Seit Jahren geschieht hier jedoch nichts - trotz dieses Vorschlags und der genannten Beschlusslage. Die Stadt bzw. die Stadtwerke hüllen sich in Schweigen und führen die Verhandlungen mit der SPSG nicht weiter. Die Nutzung des Geländes des Segelsportclubs ist inzwischen gekündigt. Ihm droht das "Aus". Ich fordere den Oberbürgermeister auf, hier endlich dem leidigen Thema ein Ende zu setzen und eine kompromissfähige Verhandlungslösung gemeinsam mit den Beteiligten herbeizuführen. Der gute Wille hierzu ist von allen Seiten erklärt worden und muss jetzt nur noch zu einem vernünftigen Ende moderiert werden.

Matthias Finken

Ärztlemangel in Potsdam – insbesondere im Norden

Der Mangel an Ärzten im Potsdamer Norden und im ländlichen Raum wird seit Jahren angemahnt. Vor allem Kinderärzte und Ärzte für Seniorinnen und Senioren in Potsdam fehlen. Eine wirkliche Verbesserung ist nicht in Sicht und das starke Bevölkerungs-



wachstum wird die Lage noch verschärfen. Wir fordern daher mit Nachdruck, die Anzahl und Verteilung der Ärzte an dem tatsächlichen Bedarf auszurichten. In einem Antrag wird die CDU/ANW-Fraktion in der Dezember-Stadtverordnetenversammlung die Verwaltung auffordern, alle Möglichkeiten zu nutzen, auf die Anpassung des - im Grunde unbrauchbaren - alten Berechnungsschlüssels hinzuwirken.

Erhalt der Veranstaltungsfläche im Volkspark

Matthias Finken

Die Fläche im Volkspark zwischen den Wällen wird derzeit als Ersatzstandort für die Beachvolleyballanlage „fun4four“ geprüft. Diese Fläche ist eine beliebte Veranstaltungsfläche und wird intensiv von Familien, Sportbegeisterten und Sportvereinen genutzt. Das Flächen für den Volkspark entlang der Georg-Herrmann-Alle wegfallen ist bereits ein schmerzlicher Einschnitt. Der Volkspark wird kleiner, ist jedoch für mehr und mehr Anwohner - weitere ca. 800 Wohnungen werden zwischen der Nedlitzer Straße und dem Volkspark entstehen - und Bewohner der Umgebung eine beliebte Freizeit und Sportfläche. Durch die Beachvolleyballanlage zwischen den Wällen würden Flächen für Freizeitgestaltung und den allgemeinen Freizeitsport verloren gehen. Bei aller Beliebtheit der Beachvolleyballanlage: Diese Fläche darf nicht verkleinert werden und ist im vollen Umfang für die jetzige Nutzung zu erhalten.



Diese Fläche im Volkspark soll für die Besucher als Veranstaltungsfläche erhalten bleiben.

Schulsituation in Babelsberg weiter angespannt



Clemens Viehrig

Die Suche nach einem neuen Grundschulstandort in Babelsberg ist weiterhin ein Dauerbrenner für die Ausschussmitglieder des Bildungsausschusses. Auch in der letzten Ausschusssitzung konnte die Verwaltung noch keine abschließenden Untersuchungsergebnisse vorstellen. Im Moment wird weiterhin eine Grundschul-Variante im Filmpark geprüft. Wird die Variante Sandscholle verworfen und die Filmpark-Variante umgesetzt, sind dafür neue Beschlüsse erforderlich. Sollte der Filmpark als Standort verworfen werden, können wir mit dem vorhandenen Sandschollen-Beschluss endlich fortfahren.

Die CDU/ANW-Stadtfraktion hat sich hierbei – vor allem wegen des Mehrwerts für den Sport (zwei Ausgleichplätze) – für die Sandschollen-Variante ausgesprochen. Letztendlich werden wir uns klugen Lösungen jedoch nicht verschließen, sollte die Filmpark-Variante bessere Möglichkeiten bieten. In jedem Fall müssen wir uns dafür einsetzen, dass die Aus-

gleichplätze trotzdem gebaut werden. Mit der durch das Land angedachten Verstärkung der KIP-Mittel müssen wir uns für diese Plätze stark machen. Ein neuer Platz im Norden und einer im Süden profitieren gerade von diesem Kommunalinvestitionsprogramm. Das Fehlen von Schulplätzen führt jedoch insbesondere in Babelsberg dazu, dass die Verwaltung Überlegungen anstellen muss, wie mit der jetzigen Situation umgegangen wird. Auf dieser Grundlage soll die „Satzung über die Bildung von Schulbezirken der Landeshauptstadt Potsdam“ angepasst werden, um den Rahmenbedingungen gerecht zu werden. Die entsprechende Verwaltungsvorlage wurde am 6. Dezember 2017 in die Stadtverordnetenversammlung eingebracht und nimmt jetzt den normalen Geschäftsgang (Ausschussberatung mit Votum, abschließende Beratung in der Stadtverordnetenversammlung). Am Ende wird es eine Herausforderung – für Familien eine Belastung – die Satzungsänderung gerecht umzusetzen. Die CDU/ANW-Stadtfraktion wird sich dafür stark machen, dass die Belastungen so gering wie möglich sind. Vor allem muss mit den betroffenen Eltern frühzeitig Kontakt aufgenommen und Lösungen gefunden werden.



Das Sportforum Waldstadt profitiert bereits vom Kommunalinvestitionsprogramm (KIP)

Seniorengerecht Bauen in Potsdam

Aufgrund der demographischen Entwicklung wird der Anteil älterer Menschen deutlich zunehmen. Deren Bedürfnisse und Möglichkeiten erfordern eine besondere Berücksichtigung beim Wohnungsbau. Um diesem Bedarf gerecht zu werden, muss frühzeitig die Versorgung von Seniorinnen und Senioren mit Wohnraum eingeplant werden. Die CDU/ANW-Fraktion hat sich verstärkt für die Verbesserung der Lebenssituation der „Best-Ager“ in Potsdam engagiert. „Auch in der Dezember-SVV haben

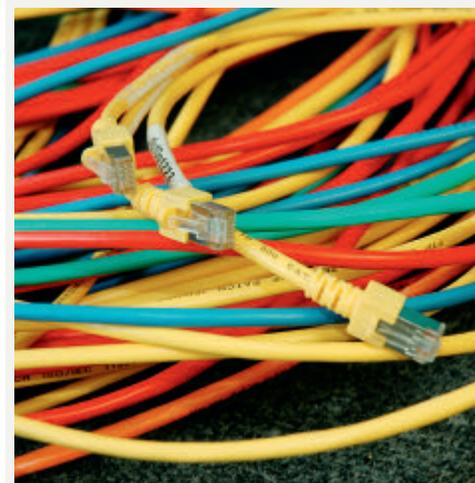
wir einen Antrag zu diesem Thema eingebracht“, so Matthias Finken. „Ziel des Antrags ist es, dass der Oberbürgermeister beauftragt wird, durch die Landeshauptstadt und deren Gesellschaften bei gefördertem wie frei finanziertem Wohnungsbau auch zukünftig alten- und behindertengerecht zu bauen. Darüber hinaus ist zu prüfen, wie diese Wohnungen so auf dem Markt angeboten werden, dass die Zielgruppe vorrangig Zugriff auf barrierefreie oder barrieregeduzierte Wohnungen erhält.

Matthias Finken

Digitale Transformation der Landeshauptstadt

Smart City - auch „zukunftssichere Stadt“ oder „intelligent vernetzte Stadt“ - ist ein Sammelbegriff für gesamtheitliche Entwicklungskonzepte, die darauf abzielen, Städte und Gemeinden effizienter, technologisch fortschrittlicher, grüner und sozial inklusiver zu gestalten. Diese Konzepte beinhalten technische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Innovationen und entstanden als Reaktion auf die grundlegenden Herausforderungen dieses Jahrtausends wie Umweltverschmutzung, Ressourcenknappheit und demografischer Wandel.

Das Konzept der smarten City umfasst die Einzeldimensionen Smart Governance, Smart Mobility, Smart Economy, Smart People und Smart Living. Die Verknüpfung von Digitalisierung und Stadtentwicklung hat die Steigerung der Lebensqualität der Bürger zum Ziel (Beispiele: Transparente und partizipative Stadtverwaltung, vernetztes Bürgerengagement, energieeffizientes Wohnen, freies W-LAN an öffentlichen Plätzen, emissionsarme, leise Verkehrsinfrastruktur wie z.B. E-Autos, E-ÖPNV, Car-Sharing, Bike-Sharing, etc.). Smart Cities sollen zum besseren, nachhaltigeren und komfortableren Leben beitragen. Deshalb sieht die Bundesregierung in der Digitalisierung eines der wichtigsten, politischen Zukunftsthemen. Die digitale Transformation von Städten ist allerdings ein breitgefächertes Thema, denn die Potentiale der Smart City entfalten sich erst im Rahmen eines kooperativen Beziehungsgeflechts zwischen Bürger, Stadtverwaltung, Wirtschaft, Wissenschaft und Politik.



Die CDU/ANW-Fraktion hat daher in einem Antrag in der November-SVV gefordert zu prüfen, ob die Landeshauptstadt Potsdam für eine Förderung durch das EU-Programm Horizont 2020 oder ein anderes EU-Pilotprojekt in Frage kommt.

Senkung der Grunderwerbsteuer



Lars Eichert

Die Haushaltsüberschüsse des Landes machen deutlich, dass die Anhebung der Grunderwerbsteuer nicht erforderlich war, um mit den prognostizierten Mehreinnahmen von 50 Millionen Euro pflichtige Aufgaben wie Kitas und Schulen zu sichern

oder zu schaffen. Diese wurde der Landesregierung in den Anhörungen seinerzeit ausgeführt. Die Mehreinnahmen bei der Grunderwerbsteuer hätten auch ohne Erhöhung zur Finanzierung dieser Ausgaben genügt. Darüber hinaus ist die Grunderwerbsteuer aufgrund ihrer Unvermeidlichkeit für den Bürger und der Vermeidbarkeit für Unternehmen äußerst unsozial. Gerade dieser Umstand stand einer Erhöhung einer solchen Steuer ganz besonders entgegen und ist das entscheidende Argument zur Senkung der Grunderwerbsteuer.

Die Grunderwerbsteuer verteuert zudem die ohnehin deutlich steigenden Immobilienpreise in Potsdam und trägt wesentlich dazu bei, dass sich trotz der günstigen Finanzierungskosten weniger Familien privates Wohneigentum leisten können und Investoren den Wohnungsneubau beherrschen. Für die stark wachsende Landeshauptstadt ist jedoch wichtig, eine gute

Durchmischung der Wohngebiete zu erreichen und möglichst vielen Familien zu ermöglichen, Wohneigentum zu erwerben.

Auch im Mietwohnungsbau trägt die Grunderwerbsteuer zur Verteuerung der Mieten bei. Sofern die Landeshauptstadt Potsdam diesem entgegenwirken will und Bauland günstiger für Wohnungsbau zur Verfügung stellt, wird damit im Ergebnis auch eine Verschiebung von kommunalen Vermögen durch geringere Einnahmen aus Grundstücksverkäufen zum Land mit höheren Steuereinnahmen betrieben.

Vor dem Hintergrund des steigenden Finanzbedarfs

der Landeshauptstadt zur Erfüllung der Pflichtaufgaben ist dem dringend entgegenzuwirken.

Dass Mehreinnahmen des Landes nicht den Kommunen zugutekommen, wird allein bei der Finanzierung der Kitas deutlich, wo das Land trotz Haushaltsüberschüssen der Landeshaupt-

stadt nicht die erforderlichen Mittel zur Verfügung stellt.

Der kommunale Finanzausgleich zwischen Land und Kommunen gleicht diese Vermögensverschiebung für Potsdam jedenfalls nicht angemessen aus. Daher haben wir in einem Antrag in der SVV am 08.11.17 den Oberbürgermeister aufgefordert, sich bei der Landesregierung Brandenburg für die Senkung der Grunderwerbsteuer einzusetzen.



Stadt- und Tourismus-Marketing stärken!

Götz Th. Friederich

In der SVV am 13.09.17 hat der Oberbürgermeister eine Vorlage eingebracht, mit der die Stadtverordneten beschließen sollten, dass bei den Ländern Berlin und Brandenburg und beim Bund darauf gedrängt wird, dass auch weiterhin kein Eintrittsgeld für die Benutzung der Schlossgärten und Parkanlagen erhoben wird. Wir sind der Meinung: Statt der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten (SPSG) pro Jahr eine Million Euro für einen für jedermann kostenlosen Eintritt in den Park Sanssouci zu überweisen, sollte dieser Betrag viel mehr ganz allgemein für die Verbesserung und nachhaltige Stärkung des Potsdamer Stadt- und Tourismus-Marketings insgesamt verwendet werden. Bisher dient die Zahlung der einen Million Euro aus dem Stadthaushalt an die Stiftung lediglich dazu, einen freien Parkeintritt ausschließlich im Park Sanssouci zu gewährleisten. Dies ist nicht mehr zeitgemäß und im Hinblick auf die viel umfassendere Vermarktung der Landeshauptstadt Potsdam mit allen ihren histori-

schen und neu gewonnenen Sehenswürdigkeiten nicht mehr angemessen. Der Vertrag zwischen der Landeshauptstadt Potsdam und der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sollte daher im Jahr 2018 auslaufen.

Es ist nicht einzusehen, warum die eine Million aus dem städtischen Haushalt lediglich Besuchern im Park Sanssouci zugutekommen soll. Auch sollte es selbstverständlich die Angelegenheit der Stiftung Preußische Schlösser und Gärten sein, ob und in wie weit sie einen Eintritt für den Park Sanssouci erheben möchte bzw. zum Zwecke des Erhalts und der Pflege erheben muss. Die Verwendung von einer Millionen Euro für das gesamte Stadt- und Tourismus-Marketing kommt dagegen allen Touristinnen und Touristen, vor allem aber auch allen Potsdamer Sehenswürdigkeiten zugute. Eine verbesserte Vermarktung der Stadt in Ihrer Gesamtheit erhöht die Reichweite und die Attraktivität für die Tourismuswirtschaft, deren Erfolg letztlich für alle Potsdamerinnen und Potsdamer Mehr-

werte schafft. Sofern die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten einen Parkeintritt erheben möchte, so gilt dies nach eigenen Angaben der Stiftung lediglich für den Park Sanssouci - und dies auch nur mit äußerst moderaten und sozial verträglichen Eintrittspreisen.



Um die Tourismuswirtschaft zu fördern, sollten die Haushaltsmittel nicht für einen kostenlosen Eintritt im Park Sanssouci sondern allgemein für das Potsdamer Stadt- und Tourismusmarketing verwendet werden.

Sicherheit für Potsdams Kinder auf ihrem Schulweg

Clemens Viehrig

Das wichtige Thema Schulwegsicherheit haben wir in der Stadtverordnetenversammlung im November in zwei Anträgen aufgegriffen. Vor der Schiller Grundschule, Sternstraße 68 scheint für die Sicherheit der Schüler auf den ersten Blick alles Mögliche getan. Es befinden sich Bushaltestellen auf beiden Seiten der Straße und die Überquerung der Straße über einen Zebrastreifen ist möglich; eine Tempo 30 Zone ist eingerichtet. In der täglichen Praxis ist jedoch festzustellen, dass weder die Tempo 30 Begrenzung noch der Zebrastreifen Beachtung finden. Selbst wenn Lehrer mit ihren Klassen über die Straße wollen, kommt es zu kritischen Situationen. Von Eltern und Lehrern kommt daher die Anregung, Schilder "Achtung Schule" oder ähnliches aufzustellen, um auf die Schule aufmerksam zu machen. Darüber hinaus wurde der Oberbürgermeister von der SVV beauftragt zu prüfen, ob und wie vor der Grundschule "Ludwig-Renn" in Potsdam Eiche, auf der Kaiser-Friedrich-Straße zur Verbesserung der Schulwegsicherheit die Tempo 30 Zone räumlich ausgedehnt werden kann. Die Situation hat sich so entwickelt, dass sowohl die Zahl der Kita- und Schulkinder als auch der Straßenverkehr erheblich an-

gestiegen sind. Auf der Kaiser-Friedrich-Str. stadteinwärts, etwa in Höhe der Straße „Weg nach Bornim“, ist der Bürgersteig an der rechten Straßenseite auch als Radweg nutzbar. Zwischen dem jetzigen Ende der Tempo-30-Strecke „Am Alten Mörtelwerk“ bis „Weg nach Bornim“ ist -der Bürgersteig so schmal, dass er kaum Platz für zwei nebeneinander laufende Personen lässt. Kinder können dort nicht mit dem Fahrrad auf dem Bürgersteig fahren. Da das Verkehrsaufkommen erheblich zugenommen hat, besonders im morgendlichen Berufsverkehr, ist die Sicherheit der Schulkinder auf diesem Teilstück nicht gewährleistet. Das gilt auch für das Teilstück in entgegengesetzter Richtung stadtauswärts. Ab Ende der Tempo-30-Strecke - etwa in Höhe „Kaiser-Friedrich-Str. Nr. 32 – Kita Turmspatzen“ bis „Kuhforter Damm“ - gibt es keinen Radweg. Erst ab Höhe „Kuhforter Damm“ in Richtung Golm (Ortsmitte) stadtauswärts gibt es einen Fußweg, der durch einen Grünstreifen von der Fahrbahn getrennt ist und der von den Schülern auch als Radweg genutzt werden kann. Die Verkehrssituation birgt zu viele Gefahren für die Schulkinder und muss dringend verbessert werden.

Matthias Finken

Wir brauchen eine schnelle Lösung für die Kita-Probleme

CDU/ANW-Fraktion stimmte 2015 der Gebührenerhöhung nicht zu

Die Kita-Gebühren sind zu hoch und müssen vor allem für die mittleren und höheren Einkommen reduziert werden. Das haben wir schon bei deren Einführung gesagt und deshalb damals der Vorlage auch nicht zugestimmt. Bei den Beratungen hatten wir eine Alternative vorgeschlagen, es waren jedoch weder die Verwaltung noch die anderen Fraktionen bereit, darüber zu reden. Die in den gesetzlichen Unterlagen geregelten Betreuungszeiten entsprechen nicht dem tatsächlichen Bedarf und müssen angepasst werden. Die Finanzierung und die Elternbeitragsordnung müssen überarbeitet und ebenfalls dringend angepasst werden. Vorliegende Klagen und drohende Rückzahlungen sind zu bearbeiten. Insgesamt ist es dringend erforderlich, Regelungen zu finden, die den tatsächlichen Bedarf und die zu erwartende Entwicklung berücksichtigen sowie alle Einkommensgruppen gerecht behandeln. Wir fordern daher, den Leitfaden für faire Kita-Gebühren der Arbeitsgruppe der Liga der freien Wohlfahrtspflege der AG17 auszuwerten und zu prüfen, welche Stellschrauben zu nutzen sind, um die Situation in Potsdam zu entschärfen. Darüber hinaus muss sich die Verwaltung bei der Landesregierung mit Nachdruck dafür einsetzen, das Kita-Gesetz zu aktualisieren und den tatsächlichen Gegebenheiten und Bedarfen anzupassen. Potsdam soll hier nicht alleine vorgehen, sondern zusammen mit anderen Kommunen handeln.

Impressum

Herausgeber:

CDU/ANW-Fraktion in der SVV Potsdam
Stadthaus, Raum 3.093

Friedrich-Ebert-Straße 79-81, 14461 Potsdam
cdu-anw-stadtfraktion@rathaus.potsdam.de

Gesamtherstellung:

GS Druck und Medien GmbH, Potsdam

V. i. S. d. P.

Ulrike Heuer-Serger, Geschäftsführerin

Die Verfasser sind für den Inhalt der namentlich gekennzeichneten Beiträge verantwortlich

Fotos: CDU/ANW-Fraktion (Clemens Viehrig, Matthias Finken, Ulrike Heuer-Serger), pixelio.de (Manfred Jahreis, Egon Häbig), fotolia (Robert Kneschke)



In der Dezember-SVV hat die CDU/ANW-Fraktion zwei Anträge gestellt, damit die Schulwege zur Schiller-Grundschule und zur Grundschule „Ludwig-Renn“ sicherer werden

Wohnungssituation von Studierenden in Potsdam verbessern

Matthias Finken

Vor kurzem startete mit „Kopf braucht Dach – Wohnraum für Studierende. Bezahlbar.“ eine Aktion des Deutschen Studentenwerks, um auf die prekäre Situation auf dem studentischen Wohnungsmarkt aufmerksam zu machen. Nicht einmal für 10 Prozent der Studenten stünden Wohnheimplätze seitens der Studentenwerke zur Verfügung. Dabei sind diese Wohnungen mit einer Durchschnittsmiete von 238 Euro warm besonders für Studierende aus Familien mit niedrigem Einkommen besonders wichtig.

In der Landeshauptstadt Potsdam stehen 2.209 Wohnheimplätze des Studentenwerks Potsdam für mehr als 25.000 Studenten zur Verfügung. Dies bedeutet eine Versorgungs-



quote von unter 9%. Für eine Verbesserung der Situation fordert das Potsdamer Studentenwerk 20 Millionen Euro für Neubauten sowie 15 Millionen Euro für die Sanierung von Bestandsimmobilien.

Die Landesregierung sieht zwar Handlungs-

bedarf und auch der Oberbürgermeister betonte zuletzt die Notwendigkeit für den Bau neuer Studentenwohnungen in der Landeshauptstadt und brachte dafür Gebiete in der neu zu schaffenden Potsdamer Mitte ins Gespräch, aktuell gibt es in Potsdam allerdings lediglich ein gefördertes Wohnheimbauprojekt in Golm. Hier entstehen zwar ca. 300 Wohnheimplätze, jedoch ersetzen diese auch 200 - durch Abriss verloren gegangene Plätze. Von den großen Plänen der Landesregierung, die Schaffung von studentischem Wohnraum zu fördern, ist also nicht viel geblieben. Gleichzeitig verwehrt die Landesregierung den Studentenwerken die Möglichkeit, auf Mittel der Wohnraumförderung zuzugreifen. Sie verweist dabei auf das Wohnraumförderungsgesetz, welches die finanzielle Unterstützung von studentischem Wohnraum nicht zuließe. Dabei gibt die Landesregierung jedoch zu, dass andere Bundesländer die gesetzlichen Rahmenbedingungen für eine Landesförderung geschaffen haben, z.B. Nordrhein-Westfalen. „Wir freuen uns, dass wir gemeinsam mit der SPD einen Antrag in der SVV im Dezember einbringen können, der diesen Missstand aufgreift und mit dem der Oberbürgermeister beauftragt werden soll sich zum Einen bei der Landesregierung für ein Landesförderungsprogramm für den Bau und die Sanierung von Studentenwohnungen einzusetzen und darüber hinaus zu prüfen und Vorschläge zu machen, auf welchen Flächen in Potsdam Neubauten des Studentenwerks möglich sind. Dabei sollen - zusammen mit dem Studentenwerk - Pläne für eine Verbesserung der Wohnungssituation für Studenten in Potsdam entwickelt werden.“

Fehlende Beleuchtung und Gehwegbereiche im Triftweg fertigstellen



Norbert Mensch

durchgängigen Gehwegs fehlen. Fußgänger müssen sich hier die Straße mit den Kraft-

fahrzeugen teilen. Die Verkehrssituation ist sehr gefährlich, da der Triftweg eine Verbindungsstraße zwischen der B2 (Ortsdurchführung) und einem von vielen Familien bewohnten Siedlungsareal ist. Personen die aus einmündenden Wirtschaftswegen und von angrenzenden Parkplätzen plötzlich die unbeleuchtete Fahrbahn betreten, können von Fahrzeugführern nicht rechtzeitig wahrgenommen werden. Daher haben wir in der Dezember-SVV den Antrag gestellt, dass die fehlende Beleuchtung und die fehlenden Gehwegbereiche im Triftweg bis Herbst 2018 fertiggestellt werden sollen.

Götz Th. Friederich

Wasserwanderrastplatz Alte Fahrt

Es ist zu begrüßen, dass die Landeshauptstadt Potsdam den Wassertourismus durch die Errichtung von Wasserwanderrastplätzen beleben will. Für eine nachhaltige Aufwertung des Wassertourismus sollte die Alte Fahrt dabei in Gänze aufgewertet und genutzt werden. Eine Anlegestelle auf der Innenstadtseite ist ohne Frage begrüßenswert. Insbesondere für Paddler und Kanuten sollten aber darüber hinaus auch die zum Teil nur ansatzweise bereits vorhandenen Anlegemöglichkeiten auf der Seite der Freundschaftsinsel entwickelt und genutzt werden können. Die Freundschaftsinsel ist ebenfalls ein beliebtes Ausflugsziel für Touristen beziehungsweise ein beliebter Ausgangspunkt für einen weitergehenden Besuch in der Potsdamer Innenstadt. In der November-SVV wurde unserem Antrag zugestimmt, in dem der Oberbürgermeister beauftragt wird, neben dem geplanten Neubau einer Anlegestelle für Wasserwanderer auf der zur Innenstadt zugewandten Seite an der Alten Fahrt auch Anlegestellen an der Freundschaftsinsel errichten zu lassen.

Matthias Finken

Stadt braucht eigene Kitas und Horte



Die Landeshauptstadt Potsdam betreibt keine eigenen Kitas und keine eigenen Horte. Alle 121 Kitas der Stadt werden von 48 Trägern betrieben. Dadurch ist man in der Verwaltung immer auf Aussagen, Erfahrungen und Empfehlungen der Träger angewiesen. Um sich jedoch ein möglichst objektives Bild machen, Probleme rechtzeitig erkennen und die Arbeit in den Potsdamer Kitas und Horten richtig koordinieren zu können, braucht man eigene Erfahrungen und Informationen. Bei den Horten kommt noch hinzu, dass die Koordination der Arbeit mit den Schulen sinnvoll abgestimmt sein muss. Es ist daher aus unserer Sicht dringend notwendig, sich mit dieser Frage zu befassen. Eine Lösung könnte sein, in jedem Sozialraum mindestens eine Kita und einen Hort selbst zu betreiben.

Sicherheitspartnerschaften in Potsdam:

Wohl nur ein Thema für die CDU/ANW-Fraktion

Matthias Finken

Die Stadtverordneten lehnten am 06. Dezember 2017 in namentlicher Abstimmung unseren Antrag - mit dem wir erreichen wollten, dass die Stadtverordnetenversammlung der Landeshauptstadt Potsdam die Bildung von Sicherheitspartnerschaften im Bereich der Landeshauptstadt Potsdam begrüßt und unterstützt - ab. Sicherheit in Potsdam ist damit wohl nur ein Thema der CDU/ANW-Fraktion. Es ging uns darum, sich politisch hinter das neue Eckpunktepapier des Innenministeriums und das darin festgelegte Verfahren für Sicherheitspartnerschaften zu stellen sowie Bürgerinnen und Bürger zu motivieren, mitzumachen. Zu dem Papier sagt die Landesregierung der Antwort auf die Kleine Anfrage Nr. 2847: „Hiermit sollen die 1995 im Rahmen des Erlasses zur „Kommunalen Kriminalitätsverhütung“ eingeführten Sicherheitspartnerschaften auf eine neue Grundlage gestellt und besser unterstützt werden.“ In der Kleinen Anfrage Nr. 2847 heißt es weiter: „Grundsätzliches Ziel und strategischer Ansatz der Neufassung war eine Stärkung des Ehrenamtes und eine wahrnehmbare Wertschätzung des bürgerschaftlichen Engagements. Über eine verbesserte Zusammenarbeit im Rahmen der Kommunalen Kriminalprävention und auch einer sichtbaren und si-

cherheitssteigernden Ausstattung erhofft sich das Land Brandenburg die Festigung bestehender und die Neugewinnung von Sicherheitspartnerschaften.“

Das hat Herr Dr. Scharfenberg – er ist übrigens als Mitglied des Landtages Mitglied des für Sicherheit zuständigen Ausschusses der Landesregierung - wohl nicht so verstanden; denn er hielt unseren Antrag für überflüssig und wetterte dagegen. Die Grünen können mit dem Begriff Kommunale Kriminalprävention offensichtlich gar nichts anfangen, wenn sie auf den Staat verweisen, die Fraktion Die Andere war natürlich auch dagegen und bei der SPD konnte man sich nicht klar entscheiden. Der Oberbürgermeister und der zuständige Beigeordnete bezogen keine Position, obwohl das Eckpunktepapier ausdrücklich die „Bürgermeisterpflicht“ nennt und betont, dass der Erfolg der Kriminalprävention in der Kommune wesentlich von dessen Engagement abhängt.

Wir lassen uns davon nicht beeindrucken. Sicherheit in unserer Stadt und für unsere Bürgerinnen und Bürger liegt uns weiter am Herzen. Nur schade, dass die Freiwilligen, die sich in der Innenstadt und im Bornstedter Feld für eine Sicherheitspartnerschaft interessiert hatten jetzt verprellt wurden.

Was sind Sicherheitspartner?

Kommunales des Landes Brandenburg. Der im Land bereits im Jahr 1994 ins Leben gerufene Modellversuch hat sich bewährt: Sozial engagierte Einwohnerinnen und Einwohner einer Gemeinde werden in der Wahrnehmung ihrer persönlichen Rechte (sog. Jedermannsrechte) und der sozialen Verantwortung für die Gemeinschaft für die örtliche Sicherheit aktiv tätig. Sie sind dabei unbewaffnet und ohne hoheitliche Befugnisse. Die Bildung von Sicherheitspartnerschaften wird vom Innenminister des Landes Brandenburg,



dem für Potsdam zuständigen Polizeipräsidenten sowie dem Leiter der Polizeidirektion Potsdam ausdrücklich unterstützt. Dabei ist klar, dass die Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nach wie vor dem Staat obliegt. Die Polizei behält das Gewaltmonopol und gibt es nicht an Privatpersonen ab. Die Kommunale Kriminalprävention (KKP; Eckpunktepapier des Ministeriums des Inneren und für Kommunales vom 01. Juni 2017) ist essentieller Bestandteil der Brandenburgischen Sicherheitsarchitektur und basiert auf der gesamtgesellschaftlichen Verantwortung für die Vorbeugung von Straftaten.

Warum Einwohnerinnen und Einwohner als Sicherheitspartner?

Aus dem persönlichen Lebensumfeld heraus können aufmerksame Nachbarn die Polizei oder die Behörden/Ämter alarmieren, wenn sie Gefahren erkennen oder Straftaten beobachten. Dabei werden Sicherheitspartner bei Beginn ihrer Tätigkeit sowie fortlaufend durch die Polizei geschult.

Wie wird man Sicherheitspartner?

Aus dem Ministerium heißt es dazu: „Sicherheitspartner als „gelebte Zivilcourage“ werden weder von der Polizei noch von der Kommunalen Verwaltung „eingesetzt“. Vielmehr finden sich engagierte Bürger auf Vorschlag der Einwohnerversammlung, der Gemeindevertretung bzw. der Stadtverordnetenversammlung, einer Interessengemeinschaft oder von einer sonstigen Institution des öffentlichen Lebens zusammen.“ Sicherheitspartnerschaften existieren in anderen Kommunen bereits erfolgreich und es sind sich alle beteiligten Behörden und Ämter einig das solche Sicherheitspartnerschaften Sinn haben und Erfolg bringen! Warum nicht in Potsdam?



Für Sie in der Stadtverordnetenversammlung: Die Mitglieder der Fraktion CDU/ANW



Matthias Finken
Fraktionsvorsitzender
u. a. Mitglied im:
Ältestenrat
Hauptausschuss
Aufsichtsrat der ProPotsdam



Klaus Rietz (ANW)
stellv. Fraktionsvorsitzender

u.a. Mitglied des Ältestenrates und des Präsidiums der Stadtverordnetenversammlung, Mitglied im Ausschuss für Klima, Ordnung, Umweltschutz und ländliche Entwicklung, Aufsichtsrat der Stadtentsorgung Potsdam, Aufsichtsrat Entwicklungsträger Potsdam GmbH



Günter Anger
stellv. Fraktionsvorsitzender

Vorsitzender des Ausschusses Eingaben und Beschwerden
u. a. Mitglied im:
Hauptausschuss,
Aufsichtsrat der Energie- und Wasser Potsdam, Verkehrstisch Potsdam



Horst Heinzel
Ehrenvorsitzender

u. a. Mitglied im :
Hauptausschuss,
Ausschuss für Finanzen,
Aufsichtsrat der Stadtwerke SWP



Hans-Wilhelm Dünn

u. a. Mitglied im:
Aufsichtsrat Ernst von Bergmann Klinikum
Beirat Luftschiffhafen GmbH
Kuratorium Stiftung Altenhilfe Potsdam



Clemens Viehrig

Vorsitzender des Ausschusses für Bildung und Sport
u. a. Mitglied im:
Aufsichtsrat Luftschiffhafen und Luftschiffhafenbeirat



Lars Eichert

u. a. Mitglied im:
Ausschuss für Stadtentwicklung Bauen und Verkehr, Gestaltungsbeirat, Werksausschuss Kommunalen Immobilienservice, Aufsichtsrat Verkehrsbetriebe Potsdam (ViP) und Technologie- und Gewerbezentren Potsdam GmbH



Lothar Wellmann

u. a. Mitglied im:
Rechnungsprüfungsausschuss (stellv. Vorsitzender),
AG Kita-Elternbeiträge



Götz Friederich

Vorsitzender des Wirtschaftsrates der Landeshauptstadt Potsdam
u. a. Mitglied im:
Arbeitskreis Einzelhandel,
Arbeitskreis Innenstadt



Unsere Vertreter im Jugendhilfeausschuss:

Björn Karl



Norbert Mensch

u. a. Mitglied im:
Ausschuss für Kultur und Wissenschaft (stellv. Vorsitzender),
MBS Vertreterversammlung,
Städtepartnerschaftsbeirat,
Fachjury Festivalförderung



Matthias Kaiser